

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten und Postämter, unsere Anzeigen- und Verlagsstellen, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Preisänderungen besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Einzelgenpreis: die 4-spaltige Nummer 20 Pf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Reklameseite im textlichen Teile 1 RM. Nachverfolgungsbefehl 20 Reichspfennige. Vorgesetzte und Platzverwalter berücksichtigen. Anzeigen für die Wichtigkeit der Sache durch Generalübermittlungsstellen über, wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 297 — 92. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2411      Donnerstag, den 21. Dezember 1933

## Steuern als Wirtschaftsbarometer.

Vor kurzem hatte der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, in einer Rede darauf hingewiesen, die Belegung der Wirtschaft mache sich zum Teil bereits bei dem Auskommen jener Steuern geltend, die der Konjunkturverlauf unserer Wirtschaft besonders eng angepaßt sind und daher dieser Entwicklung nach oben oder nach unten ziemlich schnell folgen. Ähnliches vermag nun auch der Nachweis über die Reichssteuereinnahmen bereits für den Oktober d. J. zum Ausdruck zu bringen; denn das Auskommen aus der Umsatzsteuer sei in jenem Monat schon um fast acht Millionen Reichsmark größer gewesen als das im gleichen Monat des Vorjahres. Auch die Erträge aus der Körperschaftsteuer, die das Einkommen der mittleren und großen Wirtschaftsunternehmen trifft, befinden sich in einem zum mindesten für die Reichskasse erfreulichen Auftrieb.

Eine noch genauere Darstellung, die aber natürlich nur seinen Bezirk umfaßt, hat vor kurzem auch der Präsident des Landesfinanzamtes Düsseldorf gegeben. Dieser Bezirk gehört zu den industriereichsten ganz Deutschlands und mußte daher einerseits von der Krise, dann aber wieder von der Belegung vor allem in der deutschen Industrie auch steuerlich stark beeinflusst werden. Bei diesen Mitteilungen ist zunächst einmal der Hinweis interessant, daß, trotz der außerordentlich starken Erhöhung der Umsatzsteuer zu Anfang 1932 auf mehr als das Doppelte, als der Reichsfiskus nach Auffüllung förmlich schrie, die erwartete Ertragssteigerung von mindestens 80 Prozent nicht im entferntesten erfolgt ist, sondern nur eine solche von — 26 Prozent! Ebenso interessant ist das Bild, das sich ergibt, wenn man einmal der Ertrag der Umsatzsteuer selbst zurückgerechnet wird auf die Höhe des Umsatzes. Von 1929 bis 1930, als sich die Krise nun schon recht stark bemerkbar machte, ist dieser Umsatz um 16 Prozent zurückgegangen; im nächsten Jahre war er um weitere 15 Prozent gesunken und 1932 schrumpfte er nochmals sogar um 29 Prozent ein. Dann kam das erste Vierteljahr 1933 mit dem tiefsten Stande des Umsatzes, aber auch zugleich mit der Wendung zum Besseren: denn nun stieg er wieder, stieg im zweiten Vierteljahr 1933 im Verhältnis zum Vorjahr um 6,15 Prozent und dann im dritten Vierteljahr um 23,5 Prozent über den Stand der betreffenden Zeit des Vorjahres hinaus. Darin zeigt sich die Entwicklung der Konjunktur besonders in der Industrie, wo ja die Belegung am stärksten ist, — aber auch in anderen Bezirken als in Düsseldorf wird sich ein ähnliches Bild zeigen und beweisen lassen.

In diesem industriereichen Bezirk war naturgemäß unter dem Einfluß der Wirtschaftskrisen seit 1922 auch der Ertrag der Lohnsteuer schließlich bis auf weniger als die Hälfte gesunken. Nun kam 1933 die Wiederbelebung vieler Hunderttausender von Arbeitslosen, und man sollte nun eigentlich annehmen, daß infolgedessen auch der Ertrag der Lohnsteuer, die ja direkt vom Lohn und Gehalt erhoben wird, sich entsprechend gesteigert hätte. Das ist aber nicht der Fall. Im Oktober d. J. bleibt vielmehr das Gesamtauskommen aus dieser Steuer noch etwas hinter dem des gleichen Monats 1932 zurück und dürfte im November etwa die damalige Höhe erreicht haben; der Präsident des Landesfinanzamtes Düsseldorf jedenfalls konnte für November ein leichtes Ansteigen des Lohnsteuerertrages über den des entsprechenden Monats im Vorjahre mitteilen.

Dieses Zurückbleiben des Lohnsteuerertrages kommt nicht ohne Hintergründe der tatsächlichen Wirtschaftsbelegung hat nun eine ganze Reihe von Gründen. So ist diese Steuer für die Hausgehilfen weggefallen, fehlt der Betrag der Lohnsteuerfreiheit der Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit und wird die Ehestandsbilanz, die an die Stelle des Ledigenzuschlages getreten ist, seit dem 1. Juli besonders vermindert. Der Düsseldorfer Landesfinanzamtspräsident wies aber auch noch auf einige andere Gründe hin, die eine Steigerung der Lohnsteuer entsprechend der Mehrbeschäftigung in der Wirtschaft doch recht erheblich abbremsen: Es wären bedeutend mehr Menschen zur Arbeit, also auch zu Lohn und Gehalt gekommen, aber andererseits hätten viele große Betriebe die 40-Stunden-Woche eingeführt und die Überstunden und Überschichten abgeschafft; außerdem wäre bei den Kommunen und Verbänden ein Abbau der Gehälter durchgeführt worden. Vielsach wären auch Steuerermäßigungen auf Grund des Gesetzes in Anspruch genommen worden, weil der Steuerpflichtige erwerbslose Familienangehörige zu ernähren hätte usw.

So ergibt sich, sozusagen steueramtlich begründet, die schon anderweitig mehrfach festgestellte Tatsache, daß die Einkommenshöhe des Lohnsteuerpflichtigen Einzelnen sich im Laufe des Jahres wenig nach oben entwickelt hat, sich keine Kaufkraft also kaum steigerte, sondern daß das Einkommensniveau und damit auch wieder die Kaufkraft sich gleichsam nach der Breite hin ausdehnte. Und hieraus wieder ergibt sich mit klarer Klarheit, wie notwendig die Mahnungen und Warnungen gegen Preissteigerungen sind, die über das Niveau der Kaufkraft hinausgehen: Nicht Preissteigerung, sondern Kaufkraftsteigerung ist auch von dieser Seite gesehen das Gebot der Stunde.

## Gleiches Recht für alle!

### Paris informiert sich über Deutschlands Forderungen.

Besonders über die Gleichberechtigung.

Der erste Vizebotschafter der französischen Botschaft in Berlin, Arnal, ist in Paris eingetroffen und hat sich sofort zum Quai d'Orsay begeben. In gut unterrichteten Pariser Kreisen erklärt man, daß der Vizebotschafter im Besitz eines Berichtes des Botschafters François-Bonnet sei, in dem auf Grund von Mitteilungen der Reichsregierung die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung genau dargelegt sei. Den Bericht habe er Paul-Boncour überreicht.

Bei den deutschen Mitteilungen handele es sich nicht um eine Note, sondern um sogenannte „Punktionen“, d. h. genaue Feststellungen über die bisherigen Unterhandlungen.

Das in Paris verbreitete Gerücht über die Überbringung einer deutschen „Note“ durch den Vizebotschafter Arnal von der französischen Botschaft in Berlin wird vom französischen Außenministerium selbst dahin richtiggestellt, daß es sich nicht um eine diplomatische deutsche Note im eigentlichen Sinne handele, sondern um eine ausführliche Darstellung der beiden Unterredungen des französischen Vizebotschafters mit dem Reichszugler Adolf Hitler.

Es handelt sich also letzten Endes um einen Bericht François-Bonnets an die französische Regierung. Zum Schluß seiner zweiten Unterredung mit dem Führer habe François-Bonnet zu verstehen gegeben, daß eine genaue Aufzeichnung des Inhalts der Unterredung und somit der deutschen Forderung für den weiteren Fortlauf der Verhandlungen von Nutzen sein könne. Der Reichszugler habe dieser Ansicht zugestimmt.

In französischen diplomatischen Kreisen bemerkt man hierzu, die französische Regierung werde nicht durch eine diplomatische Note auf das gestern dem Außenminister überreichte Schriftstück antworten, da es sich ja nicht um eine Note handele. Paul-Boncour werde den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen und dann dem Vizebotschafter entsprechende Richtlinien für weitere mündliche Verhandlungen erteilen.

Das „Echo de Paris“ behauptet, daß die in dem fraglichen Schriftstück enthaltenen deutschen Forderungen in vier Punkte zusammengefaßt sind:

1. Sofortige Rückgliederung des Saargebietes ohne Volksabstimmung. Als Gegenleistung ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß die französische Regierung die Saargruben bis zum Jahre 1935 bemutet, dem Jahre, in dem laut Versailler Vertrag die Volksabstimmung hätte stattfinden müssen.
2. Die Erhöhung der Stärke der Reichswehr bis zu 300 000 Mann und Festsetzung der einjährigen Dienstzeit. Die deutsche Regierung fordere außerdem Defensivwaffen im Sinne der Genfer Bestimmungen, und zwar ohne Einschränkung.
3. Die deutsche Regierung sei bereit, den deutschen Rüstungsstand einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen auf gleicher Grundlage mit den anderen Ländern. Diese Kontrolle werde sich vor allem auf die militärischen Verbände erstrecken.
4. Deutschland sei bereit, mit seinen Nachbarn Nichtangriffsverträge abzuschließen.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, und den deutschen Vizebotschafter in Moskau, Radohny, zum Vortrag.

### Sie sollen endlich Farbe bekennen.

Zu den Berichten der französischen Presse über die Reise des Berliner französischen Vizebotschafters Arnal nach Paris ist deutscherseits folgendes festzustellen: Es liegen keine neuen Vorschläge vor. Vielmehr handelt es sich lediglich um eine schriftliche Darlegung, wie sie im Verlaufe von längeren mündlichen Verhandlungen üblich ist.

Der Grundgedanke der deutschen Haltung ist unverändert. Es ist jetzt Sache Englands und Frankreichs, sich zu äußern.

Eine Auflösung oder Verkleinerung der SA. ist weder angeregt worden noch beabsichtigt. Übrigens sind deutscherseits keinerlei Forderungen ultimativen Charakters gestellt worden. Wie die Antwort auch lauten wird: eine Rückkehr nach Genf kommt für uns nicht in Betracht. Aber auch ein Zusammenritt von mehreren Staaten kommt solange nicht in Frage, als die Frage der Gleichberechtigung nicht eindeutig geklärt ist.

### Die ersten Querschüsse.

Wie nicht anders zu erwarten, beissen sich gewisse Pariser Blätter, vor allem diejenigen, die dem Generalstab und der Rüstungsindustrie nahestehen, der französischen Regierung vorzugreifen und sie von vornherein auf eine Ablehnung der deutschen Darlegungen festzulegen. Dabei tun sich der chauvinistische „Figaro“ und das „Journal“ hervor, die in sturer Gewohnheit in ihren Kommentaren das „Unannehmbar“ sprechen. Die Blätter schwagen sogar von einer „Übertreibung“ der deutschen Forderungen hinsichtlich der Reichswehr und des Kriegsmaterials — die phantastische Übersteigerung des französischen Angriffsmaterials ist ihnen selbstverständlich.

Sehr bezeichnend für die französische Unzuverlässigkeit ist die Haltung der Pariser Presse in der Kontrollfrage, seitdem bekannt wurde, daß Italien die Ausdehnung der Kontrolle auf die militärischen Verbände (besonders der Tschechoslowakei und Jugoslawiens) befristet. In diesem Punkt müsse Frankreich jetzt, so fordert das „Journal“, kategorisch sein, da — „Frankreich sonst Gefahr läuft, auf seine eigenen Forderungen festgelegt zu werden“! Die Kontrollforderung war bekanntlich im Herbst das A und O der französischen Politik gegenüber Deutschland — jetzt wird diese Forderung den Franzosen selbst höchst unbequem.

Der „Petit Parisien“, das Blatt des französischen Außenministeriums, stellt sich so, als seien die deutschen Forderungen, die ja im Verlauf dieses Jahres oft genug in aller Klarheit von den berufenen Männern Deutschlands ausgesprochen wurden, erst jetzt durch die von Arnal nach Paris gebrachten Darlegungen bekannt geworden. Das Blatt spricht dabei von bevorstehenden französisch-englischen Verhandlungen mit einem Unterton von Besorgnis, wenn es schreibt, daß sie „hoffentlich“ in herzlicher Zusammenarbeit verlaufen würden.

Die englische Presse lediglich der Pariser Korrespondent der „Times“ erwartet die Ausarbeitung eines englisch-französischen Abrüstungsabkommens, den Deutschland dann annehmen oder ablehnen könne; der Hintergedanke ist dabei natürlich: man will im Falle einer deutschen Ablehnung einen Sündenbock für die Fortsetzung der Abrüstungsabotage haben. Der Londoner „Daily Telegraph“ nennt die deutschen Vorschläge „viel zu ernst und wichtig“, als daß irgendeine Nacht ihre Erörterungen ablehnen dürfe.

Die Gleichberechtigungsforderung der Reichsregierung wird auch von der Pariser Abendpresse lebhaft besprochen. Die Auffassung der Blätter ist sehr uneinheitlich und richtet sich je nach der politischen Einstellung. Die „Liberté“ lehnt die deutschen Forderungen rundweg ab. Der halbamtliche „Temps“ ist wesentlich zurückhaltender und erklärt, daß die zuständigen Stellen die praktische Tragweite der deutschen Forderungen und ihre Auswirkungen genau prüfen würden, bevor sie eine Antwort erteilten. Man müsse aber schon jetzt feststellen, daß ein Heer von 300 000 Mann mit einjähriger Dienstzeit Deutschland sehr rasch bedeutende Reserven verschaffen würde.

Frankreich habe sich nie geweigert, gemeinsam mit Deutschland eine Verständigungsgrundlage zu suchen. Man dürfe aber nicht vergessen, daß man von einem einstimmigen Abkommen ausgegangen sei, um auf Grund des Artikels 8 des Völkervertrages eine allgemeine Abrüstung durchzuführen. Es handele sich also nicht nur um ein deutsch-französisches Problem, sondern um eine Frage, an der alle Mitglieder des Völkervertrages interessiert seien. — Der linksgerichtete „Appel“ behauptet, daß man von den Genfer Verhandlungen über die Abrüstung nach und nach zu Verhandlungen über eine Aufrüstung hinübergerückt sei und daß jede Hoffnung auf Abrüstung in dem Augenblick aufgegeben werden müsse, in dem man über die Durchführungsbestimmungen einer wenn auch noch so geringen Aufrüstung zu verhandeln beginne.

## Der Führer bei Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichszugler Adolf Hitler zum Vortrag.

### Der englische Botschafter beim Reichsaußenminister.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath empfing den englischen Botschafter Sir Eric Phipps zu einer längeren Aussprache.